

# Länder ändern Medizinzulassung

## Studienplätze müssen fairer vergeben werden

3/13  
Berlin. Der Bund will die vom Bundesverfassungsgericht verlangte Reform der Zulassung zum Medizinstudium den Ländern überlassen. Das geht aus einer Antwort des Bundesbildungsministeriums auf eine kleine Anfrage der Grünen hervor.

Auch wenn die Reform kommt, müssen sich Zehntausende Bewerber darauf einstellen, von den Hochschulen abgewiesen zu werden. „Selbst wenn wir zehn Prozent mehr Ärzte ausbilden würden als heute, gäbe es immer noch weit mehr Be-

werber als Studienplätze“, sagte der Generalsekretär des Medizinischen Fakultätentages, Frank Wissing. Derzeit werden jährlich rund 11 000 der bis zu 50 000 Bewerber für ein Medizinstudium zugelassen. Nach einer Reform könnte die Bewerberzahl noch einmal steigen. Karlsruhe hatte entschieden, dass das Verfahren zur Vergabe von Medizinstudienplätzen teils verfassungswidrig ist. Die Richter verlangten eine bessere Vergleichbarkeit der Abiturnoten und eine kürzere Wartezeit. dpa